

nachrichten

»Kopftuchstreit«

Weil sie weiterhin mit Kopftuch zur Schule kam, wurde Anfang Februar 2002 die dritte malaiische Schülerin der Schule verwiesen, nachdem bereits in der Woche zuvor zwei andere Schülerinnen vom Unterricht entfernt worden waren.

Die Eltern der Grundschülerinnen hatten sich trotz mehrmaliger Aufforderungen durch die zuständigen Behörden geweigert, ihre Töchter — alle im Alter zwischen sechs und acht Jahren — ohne Tudung, dem traditionellen Kopftuch der überwiegend muslimischen Malaien Singapurs zur Schule zu schicken. Dies verstößt gegen das Gebot zum Tragen einheitlicher Schuluniformen an Singapurs Schulen, das die Integration der verschiedenen Ethnien und Religionen im Stadtstaat fördern soll.

Besondere Brisanz gewinnt der »Kopftuchstreit« vor dem Hintergrund der Anschläge vom 11. September, und hier vor allem angesichts der im Dezember verhafteten muslimischen Aktivisten, denen enge Verbindungen zum al Qaida-Netzwerk vorgeworfen werden (siehe auch *südostasien* 01/2002). Es ist zwar kaum anzunehmen, dass die aktuelle Debatte um das Tragen von Kopftüchern in der Schule zu tief greifenden Konflikten zwischen den ethnischen Gruppen Singapurs führen wird. Sie verweist aber zugleich auf die Aktualität älterer Debatten um den Ausschluss der Malaien aus zentralen Bereichen des Militärs in Singapur und die anhaltende sozioökonomische Kluft zwischen malaiischer Minderheit (14 Prozent der Bevölkerung) und chinesischer Mehrheit (77 Prozent).

vgl. AFP, *Singapur*; 28.1.2002; The Star (*Malaysia*), 8.2.2002; Reuters, 11.2.2002

Indonesien beschuldigt

Ende Januar 2002 hat Singapurs »elder statesman«, Lee Kuan Yew, einmal mehr für diplomatische Verstimmung zwischen dem Stadtstaat und Indonesien gesorgt, als er den Behörden des Nachbarlandes vorwarf, nicht mit dem nötigen Nachdruck im Kampf gegen im Land vermutete al-Qaida-Unterstützer vorzugehen und so Singapurs Sicherheit zu gefährden.

Die Kritik Lees entzündete sich unter anderem am Fall des Ende Januar festgenommenen und als radikal-islamisch eingestuften Abu Bakar Ba-asyir, der auch von den Sicherheitsbehörden in Malaysia gesucht wurde. Zur Ver-

wunderung Singapurs und Malaysias ließ die Polizei in Jakarta Ba-asyir bereits nach kurzem Verhör wieder frei.

Angesichts der möglichen Bedrohung aus Indonesien werden in Singapur derweil schon einmal die Sicherheitsbemühungen verstärkt. Obwohl in der Verfassung nicht vorgesehen, hat Singapurs Regierung mittlerweile der Einrichtung einer US-Militärbasis in Changi zugestimmt. Gleichzeitig wurden die Einreisekontrollen verschärft. Allein im Januar wurde mehr als 300 Indonesiern die Einreise nach Singapur verweigert.

vgl. *Asia Times*, 6.2.2002

Arbeitslosenrate

Mit 4,7 Prozent verzeichnete Singapur im Dezember 2001 die höchste Arbeitslosenrate seit 15 Jahren, als eine schwere Wirtschaftskrise den Anteil der Arbeitslosen auf sechs Prozent ansteigen ließ. Sie liegt zugleich über jenen 4,4 Prozent, die Ende 1998 infolge der Asienkrise zu verzeichnen waren.

Insgesamt waren 25.600 Menschen 2001 entlassen worden, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. 62 Prozent der abgebauten Arbeitsplätze entfielen dabei auf den industriellen Sektor. Doch Experten erwarten für die Zukunft eine Zunahme von Entlassungen vor allem im Banken- und Finanzsektor, der derzeit durch Konzentrationsprozesse gekennzeichnet ist.

Für 2002 wird ein weiterer Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um zwei Prozent nicht ausgeschlossen. Aber selbst für den Fall eines möglichen Wirtschaftswachstums um zwei Prozent gehen Schätzungen von einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenrate auf 4,9 Prozent, kurzfristig auch auf 5,5 Prozent für dieses Jahr aus.

vgl. AFP, *Singapur*; 31.1.2002

Ausländische Arbeitskräfte

Das Arbeitsministerium gab Pläne bekannt, nach denen die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte im Bausektor in den nächsten Jahren drastisch gesenkt werden soll. Durch strengere gesetzliche Bestimmungen will das Ministerium versuchen, die Zahl der auf Singapurs Baustellen beschäftigten Ausländer um fünf bis zehn Prozent gegenüber dem Vorjahreswert (2001) zu verringern. Derzeit arbeiten mehrere hunderttausend Arbeiter aus Bangladesch, Pakistan, Sri Lanka, den Philippinen und Thailand im Baugewerbe. Langfristig soll sich ihre Zahl auf 70 Prozent (bis 2005) bzw. 50 Prozent (bis 2010) des Standes von 1999 reduzieren.

vgl. AFP (*Singapur*), 14.3.2002

Kein Sand fürs Wachstum

Ein Insel-Dasein ist nicht einfach. Anfang des Jahres 2002 gab Indonesiens Handels- und Industrieministerin, Rini M. Soewandi, die vorläufige Einstellung von Sandlieferungen nach Singapur bekannt. In den letzten 20 Jahren ist Singapurs Landfläche um nahezu zehn Prozent angewachsen. Die Erweiterung des Changi International Airport und die Aufschüttung der Inseln vor Jurong sind nur zwei Beispiele für dieses Wachstum, das ohne Sand aus Indonesien nicht möglich gewesen wäre. Der Großteil der Exporte stammt dabei aus der Provinz Riau, nur wenige Kilometer entfernt auf Sumatra gelegen.

Singapurs Bedarf beläuft sich derzeit auf geschätzte 1,5

Milliarden Kubikmeter Sand pro Jahr. Und während sowohl die zentralstaatlichen, als auch die lokalen Behörden in den letzten Jahren immer mehr Exporte genehmigten, hat zugleich auch der illegale Abbau und Verkauf von Sand weiter zugenommen. Dies hat einmal zu einem raschem Preisverfall geführt: Kostete der Kubikmeter vor Jahren noch mehr als acht US-Dollar, so liegt der Preis nun nur noch bei etwa 80 Cent. Gleichzeitig hat der Abbau auch zu schweren ökologischen Schäden im Küstenbereich der Provinz geführt: Die Zerstörung von Korallenriffen ist ebenso zu beklagen wie das Verschwinden kleinerer Inseln.

vgl. UPI, *Singapur*, 11.2.2002

Weniger Einschulungen

Aktuelle Daten des Bildungsministeriums zeigen, dass in den letzten Jahren eine wachsende Zahl von Eltern ihre Kinder nicht zur Einschulung anmeldet. Waren es 1997 noch lediglich 244, so wurden 1999 bereits mehr als 1.900 Kinder des entsprechenden Jahrgangs nicht zur ersten Grundschulklasse angemeldet.

Zwar liegen für 2000 und 2001 bisher noch keine Zahlen vor, doch lassen Datenabgleiche mit dem Geburtsregister

die Vermutung zu, dass in diesen Jahren mehr als 2.000 Kinder nicht eingeschult wurden. Im kommenden Jahr führt der Stadtstaat die mindestens sechsjährige Schulpflicht für alle nach dem 1. Januar 1996 geborenen Kinder ein. Doch die sich verschärfende Rezession macht es immer mehr Eltern nahezu unmöglich, die Kosten für Schuluniformen und Lernmaterialien aufzubringen.

vgl. AFP, *Singapur*, 3.3.2002